

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 85.

Montag den 26. März.

1849.

Landtagsverhandlungen.

Zweihunddreißigste öffentliche Sitzung der 1. Kammer
am 24. März 1849.

Bei der weitem Berathung des 1. Berichts über die Schönburgschen Verhältnisse erklären sich Schweigert, Heubner, Floss, Kaiser gegen den von der Regierung empfohlenen milderen Weg der Verständigung und finden in dem Ausschussberichte nichts Rücksichtsloses, während Todt wenigstens in der Art und Weise zu verfahren, den milderen Weg vorzieht. Nach Börcke's Schlussworte wurden die 21 verschiedenen auf Herstellung der Gleichheit zwischen den Schönburgschen und den übrigen sächsischen Landen gerichteten Anträge des Ausschusses größtentheils einstimmig angenommen.

Aus Frankfurt.

Parlamentärcorrespondenz aus der Partei der Großdeutschen. *)

I.

* Frankfurt, 20. März 1849. — Dem Organe der Partei, welche das preussische Erbkaiferthum durchsetzen will, treten wir entgegen. Vielleicht noch nie ward ein Plan, den die Stimme der Nation schon verworfen hatte, mit so viel Schlaueit betrieben, selten der Wahrheit so keck in's Gesicht geschlagen, als von ihr. In der Ferne kann man kein richtiges Bild von ihrem Getreibe sich machen. Entstellung auf Entstellung wird in's Publicum geschleudert, Lüge auf Lüge verbreitet. Eines namhaften Theiles der Presse hat diese Partei sich bei Zeiten bemächtigt und halb wehrlos stehen wir, ununterbrochen angegriffen, ihr gegenüber.

Sie spricht, die öffentliche Meinung fordere die Uebertragung der erblichen Kaiserkrone an die Hohenzollern, und weiß doch, welche Agitation sie nöthig hatte, um die wenigen Zuschriften an die Nationalversammlung in diesem Sinne herbeizuführen. Ihre Blätter verzeichnen jede solche Zuschrift, aber davon schweigen sie ganz, daß wohl gegen tausend Erklärungen wider das preussische Erbkaiferthum eingelaufen sind. Anfangs riefen die Erbkaiferthümer: Preußen wird in seine Provinzen zer schlagen, wenn unser Erbkaiferthum durchgeht. Damit fingen sie viele, so handgreiflich auch diese Täuschung ist. Seit sie gelungen, reden sie kaum noch davon. Aber mit drohenden Kriegsgefahren erregen sie jetzt Angst: wo neue Kriegsgefahren plötzlich herkommen, wissen sie freilich nicht zu sagen. Allerdings besteht eine Gefahr, aber dieselbe Gefahr, die im vorigen Sommer da war, bei der gerade Oesterreichs Beistand und seine Schiffe dringend nothwendig erscheinen: wir aber können sagen, daß sie, als genüge ihnen diese Gefahr nicht, einen schweren europäischen Krieg heraufbeschwören, wenn sie das Aufgehen Deutschlands in Preußen zu Stande bringen. Dem Volke verheißt sie Ruhe und geordnete Zustände und täuschen es arg, denn Ruhe wird nimmermehr dadurch kommen, daß ein Erbkaiferthum geschaffen wird, sondern Unruhe. Sie säen Sturm und werden Dornen ernten.

Gesendet, außer der Freiheit, ganz Deutschlands Einheit herzustellen, wird ihr Werk Deutschland Zerreißung und Spaltung vielleicht für Jahrhunderte bringen. Statt für alle deutschen Staaten (es war keine Unmöglichkeit, wir zeigten Wege) eine inniger vereinigende Verfassungsform zu finden, haben sie, wenn nicht mit Absichtlichkeit, dann aus Unverstand, die vorhandenen Verhältnisse außer Acht lassend, eine Staatsform entworfen, die

*) Vom Reichstagsabgeordneten Wulke eingefendet. D. Red.

Oesterreich oder Preußen ausschließen würde, der Preußen oder Oesterreich sich nur anbequemt, wenn es mit der erblichen Herrschaft über andere Staaten entschädigt würde! Und nun sagen sie, anstatt zu gestehen: „wir sind schlechte Politiker“, also: was nicht in diese Staatsform paßt, das gehört nicht zu Deutschland. — Nicht Größe, sondern Verkleinerung und Vernichtung der Aussichten auf eine günstigere Zukunft, um ein vergrößertes Preußen: dies sind ihre Früchte. — Wie ein Plan, der zu des Vaterlandes Verderben ausschlagen muß, Billigung finden konnte? Es waltet Verblendung. Ein künstlicher Nebel nimmt in der Paulskirche dem Blicke vieler die Aussicht. Dazu fast 200 Abgeordnete aus Preußen, deren große überwiegende Mehrzahl ihren König zum Oberherrschener über die anderen Staaten erheben will, und Hand in Hand mit ihnen die Partei des Reichsministeriums. Nur eine sehr geringe Zahl nichtpreussischer Abgeordneten stimmte bei erster Lesung für den Erbkaifer. — Uns aber, die wir unseres Auftrages eingedenk und des Vaterlandes Größe und Zukunft bedenkend rufen: „unsere Sache, wir mögen siegen oder unterliegen, ist des ganzen Deutschlands Sache!“ uns schmäh't jene Partei „Particularisten, Ultramontane, Preußenhasser u. s. w.“, uns brandmarkt man schon seit geraumer Zeit mit Verdächtigungen; die eigene Partei aber wagt sie mit einem schreienden Hohne die patriotische zu nennen. Unsere Partei hat nichts zu schaffen mit Particularismus, specifischem Oesterreichthum und Ultramontanismus, auch die Frage der Freiheit und ihres Maßes ist für sie zunächst nicht die bestimmende, doch sind wir in einigen Kämpfen mit den 3 Clubs der vereinigten Linken zusammen gegangen. Daher hatten wir, bald nach dem Zusammentritt unserer Partei (11. Februar) bis zur Detronung der oesterreichischen Verfassung, oft die Mehrheit im Parlamente: wie wir sie mit Mäßigung benützten, dafür ist Beweis, daß wir weder das Reichsministerium zu stürzen, noch das Präsidium der Nationalversammlung zu ändern unternahmen. Der ehemaligen Parteistellung nach gehören viele Mitglieder der Rechten („Pariser Hof“) und dem linken Centrum („Württembergischer Hof“) an, der Heimath nach Süddeutschland hauptsächlich und Mitteldeutschland. Herr Radowik bezeichnete uns als die Centralisten, unsere Gegner als die Centralisten, doch sind wir keine Decentralisierer. Unsere Partei will allgemeine Einigung, will diejenige Einheit des gesammten Deutschlands, welche bei den gegebenen Zuständen möglich ist und Dauerhaftigkeit für die Zukunft verheißt. Sie widerseht sich deshalb der „friedlichen Eroberung Deutschlands durch Preußen“, die zum äußeren und inneren Krieg führt, die mit Entzweiung beginnt und mit Unheil endigen wird. Unsere Partei wird daher dem Welckerschen Antrag nicht beistimmen. Unterliegend rufen wir an die Gerechtigkeit der Gegenwart: Anerkennung wird uns die Zukunft nicht versagen.

II.

Frankfurt, 21. März. Heute also soll die Entscheidung fallen, auf die seit den Berathungen der XVII Vertrauensmänner alles zugespitzt, alles wohl berechnet war. Die Verhandlung über den Welckerschen Antrag hat die Beweggründe für seine Annahme nur übrig gelassen, welche nicht ausgesprochen wurden, von denen, die ihn bejahen werden: des Reichsministeriums Ohnmacht und Verleugnung seiner Stellung über den Parteien und die Eroberungssucht einer Partei, welche auf dem preussischen Erbkaiferthum unnachgiebig besteht. Während kein Grund derjenigen, welche das Aufgehen eines Theils von Deutschland in Preußen hindern wollen, auch nur einigermaßen widerlegt werden konnte, zeigte sich klar, daß keine mächtig drängende Gefahr vorhanden ist, welche (selbst vom Inhalte abgesehen) auch nur solche Ueber-eilung in den parlamentarischen Formen rechtfertigen könnte. Nicht